

Allgemeine Verkaufsbedingungen für den Rechtsverkehr mit Verbrauchern

§ 1 Geltungsbereich; Vertragsgegenstand

- (1) Diese Allgemeinen Verkaufsbedingungen gelten für die Lieferung beweglicher Sachen (insbesondere: Photovoltaik- und Solaranlagen) gegenüber Verbrauchern. Für Leistungen im unternehmerischen Rechtsverkehr („b2b-Bereich“) gelten gesonderte, separate Verkaufsbedingungen.
- (2) Alle Vereinbarungen, die zwischen uns und dem Kunden zwecks Ausführung dieses Vertrages getroffen werden, sind in diesem Vertrag schriftlich niedergelegt.

§ 2 Vertragsschluss

- (1) Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich, es sei denn wir haben diese ausdrücklich als verbindlich bezeichnet.
- (2) Die Bestellung des Kunden stellt ein bindendes Angebot dar. Wir sind berechtigt, dieses Angebot innerhalb von vier Wochen durch Zusendung einer Auftragsbestätigung anzunehmen oder innerhalb dieser Frist mit der Auftragsausführung zu beginnen. Diese Frist beginnt im Falle der Lieferung von Photovoltaik- und Solaranlagen jedoch erst zu laufen, wenn beim Kunden eine Vor-Ort-Begehung erfolgt ist; den Termin für die Vor-Ort-Begehung werden wir mit dem Kunden zeitnah abstimmen. Wir behalten uns vor, den Kunden innerhalb dieser Frist darüber zu unterrichten, dass seine Bestellung abgelehnt wird.
- (3) Wir behalten uns an Abbildungen, Zeichnungen, Kalkulationen und sonstigen Unterlagen sämtliche uns zustehenden Eigentums- und Urheberrechte vor. Dies gilt auch für solche Unterlagen, die als vertraulich gekennzeichnet sind. Vor ihrer Weitergabe an Dritte bedarf der Kunde einer ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung.

§ 3 Vertragsinhalt und Vertragspflichten

- (1) Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart wurde, beschränken sich die von uns vertraglich übernommenen Leistungen beim Kauf von Photovoltaik- und Solaranlagen auf deren Lieferung und ggf. die Montage (§ 9).
- (2) Der Kunde hat sicherzustellen, dass das Gebäude und insbesondere der Dachstuhl der zusätzlichen Last einer Photovoltaik- und/oder Solaranlage standhalten kann; er hat gege-

benenfalls auf eigene Kosten eine Überprüfung der Standsicherheit durch einen Baustatiker vornehmen zu lassen (Statikbewertung); sog. Standsicherheitsnachweise werden von uns nicht erbracht. Dies ist nicht Bestandteil des Vertrages. – Sollte sich während der Umsetzung des Vertrages herausstellen, dass die erforderliche Standsicherheit nicht gewährleistet ist, so sind wir berechtigt vom Vertrag zurückzutreten und dem Kunden etwaige bereits entstandene Aufwendungen in Rechnung zu stellen. Das Recht zur Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadensersatzanspruches bleibt unberührt.

- (3) Die Beantragung und Beschaffung aller gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen, Zustimmungen und Bewilligungen (z.B. baurechtliche Genehmigung und sonstige Anforderungen, etc.) sowie die Wahrnehmung aller beim Netzbetreiber und bei der Bundesnetzagentur vorzunehmenden Mitteilungen, ist ausschließlich Aufgabe des Kunden, es sei denn etwas anderes wurde ausdrücklich schriftlich vereinbart.

§ 4 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Unsere Rechnungen sind innerhalb von 30 Tagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig. Für die Folgen des Zahlungsverzuges gelten die gesetzlichen Regelungen
- (2) Die Kosten für etwaige Montageleistungen werden in der Rechnung gesondert ausgewiesen.
- (3) Eventuelle Gebühren oder Netzanschlusskosten sowie sonstige Kosten, die der am gewünschten Installationsort zuständige Strom- bzw. Verteilnetzbetreiber (z.B. örtliche Stadtwerke) im Zusammenhang mit dem Netzanschluss/Inbetriebnahme und/oder dem Betrieb der Photovoltaik- oder Solaranlage oder für die Abrechnung von Einspeiseerlösen oder für sonstige Leistungen in Rechnung stellt, sind in unseren Preisen nicht enthalten und vom Kunden selber zu tragen.
- (4) Ratenzahlungen werden nur aufgrund besonderer schriftlicher Vereinbarung akzeptiert. Der Abzug von Skonto bedarf ebenfalls besonderer schriftlicher Vereinbarung.

§ 5 Aufrechnung und Zurückbehaltung

- (1) Aufrechnungsrechte stehen dem Kunden nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten, von uns anerkannt oder mit unserer Hauptforderung synallagmatisch verknüpft sind.
- (2) Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts ist der Kunde nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

§ 6 Lieferzeiten und Gefahrübergang

- (1) Der Beginn der von uns angegebenen Lieferzeit setzt die Abklärung aller technischen Fragen voraus. Des Weiteren setzt die Einhaltung unserer Lieferverpflichtungen die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen des Kunden voraus. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages bleibt vorbehalten.
- (2) Wurden von uns Lieferfristen angegeben und sind diese zur Grundlage für die Auftragserteilung gemacht worden, so verlängern sich diese für die Dauer der Verzögerung, wenn der Kunde etwaige Mitwirkungspflichten nicht erfüllt. – Für Fälle von „höherer Gewalt“ gelten die Bestimmungen in § 7.

- (3) Werden wir selbst nicht beliefert, obwohl wir bei zuverlässigen Lieferanten deckungsgleiche Bestellungen aufgegeben haben, werden wir von unserer Leistungspflicht frei und können vom Vertrag zurücktreten. Wir sind verpflichtet, den Kunden über die Nichtverfügbarkeit der Leistung unverzüglich zu unterrichten und werden jede schon erbrachte Gegenleistung des Kunden unverzüglich erstatten.
- (4) Wir sind – sofern dies für den Kunden zumutbar ist – berechtigt, vorzeitige Lieferungen zu erbringen; dies gilt jedoch nur, sofern der Liefertermin als unverbindlich gekennzeichnet wurde.
- (5) Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, gelten für den Gefahrübergang die gesetzlichen Regelungen. Sofern wir auf Basis des mit dem Kunden geschlossenen Vertrages zur Montage einer Photovoltaik- oder Solaranlage verpflichtet sind, geht die Gefahr des zufälligen Untergangs mit Abschluss der Montage auf den Kunden über. Dies ist spätestens mit der Abgabe der sog. Fertigmeldung gegenüber dem Netzbetreiber durch uns der Fall.
- (6) Kommt der Kunde in Annahmeverzug oder verletzt er schuldhaft sonstige Mitwirkungspflichten, sind wir berechtigt, den uns insoweit entstehenden Schaden, einschließlich etwaiger Mehraufwendungen ersetzt zu verlangen. Weitergehende Ansprüche oder Rechte bleiben vorbehalten.
- (7) Sofern die Voraussetzungen von Abs. 6 vorliegen, geht die Gefahr eines zufälligen Untergangs oder einer zufälligen Verschlechterung der Ware in dem Zeitpunkt auf den Kunden über, in dem dieser in den Annahme- oder Schuldnerverzug geraten ist.

§ 7 Höhere Gewalt

- (1) "Höhere Gewalt" im Sinne dieser Klausel meint das Eintreten eines Ereignisses oder Umstandes, der eine Vertragspartei daran hindert, eine oder mehrere ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn und soweit diese Partei nachweist, dass
 - a) ein solches Hindernis außerhalb ihrer zumutbaren Kontrolle liegt, d.h. insbesondere nicht betrieblich bedingt ist,
 - b) das Hindernis zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses vernünftigerweise nicht vorhersehbar war und
 - c) die Auswirkungen des Hindernisses von der betroffenen Partei auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht hätte vermieden oder überwunden werden können.
- (2) Wenn eine Vertragspartei eine oder mehrere ihrer vertraglichen Verpflichtungen aufgrund eines Versäumnisses eines Dritten, dessen sie sich zur Erfüllung der gesamten oder eines Teils der übernommenen Verbindlichkeit bedient, so kann sich diese Vertragspartei nur insoweit auf höhere Gewalt im Sinne dieser Klausel berufen, als die Voraussetzungen von Abs. 1 sowohl für sie selbst als auch in der Person des Dritten erfüllt sind.
- (3) Bei den folgenden Ereignissen wird vermutet, dass die Voraussetzungen nach Abs. 1a) und Abs. 1b) erfüllt sind:
 - a) Naturkatastrophen, wie Erdbeben, außergewöhnliche Überschwemmungen, Stürme und Vulkanausbrüche;
 - b) Seuchen, einschließlich Epidemien und Pandemien, soweit ein Gefahrenniveau von mindestens „mäßig“ durch das Robert-Koch-Institut festgelegt ist;
 - c) Krieg, Bürgerkrieg, Aufruhr oder terroristische Handlungen;

- d) Explosionen, Brände, plötzliche Behinderungen der Infrastruktur oder plötzlicher Ausfall von Transportmitteln
 - e) staatliche Maßnahmen wie Gesetzesänderungen oder behördliche Anordnungen, deren Befolgung die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen unmöglich macht;
 - f) Währungs- und Handelsbeschränkungen, Embargos und Boykottmaßnahmen;
 - g) Streik und Aussperrung bei einem Dritten; dies jedoch nur, sofern die vorbezeichneten Arbeitsk Kampfmaßnahmen von uns nicht verschuldet wurden.
- (4) Die von der höheren Gewalt betroffene Partei hat die andere Partei unverzüglich über die Gründe zu informieren, welche sie an der Leistungserbringung hindern. Die Informationspflicht umfasst hierbei auch das zu erwartende, zukünftige Ausmaß der Auswirkungen des Hinderungsgrundes sowie einen möglichen Wegfall der Behinderungen.
- (5) Liegt ein Fall höherer Gewalt entsprechend Abs. 1 dieser Klausel vor, sind die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten befreit. Erfolgt die Information nach Abs. 4 nicht unverzüglich, so wird die Befreiung erst von dem Zeitpunkt an wirksam, zu dem die Mitteilung der anderen Vertragspartei zugeht. Für Schäden, die infolge der Nichterbringung oder Verspätung der ausgesetzten Leistung entstehen, haftet die von ihrer Vertragspflicht befreite Partei nicht. Die Parteien sind jedoch verpflichtet, alles Zumutbare zu unternehmen, um entstehende Schäden zu minimieren. Ist die Wirkung des geltend gemachten Hindernisses oder Ereignisses nur vorübergehender Natur, so gelten die vorstehenden Rechtsfolgen nur so lange, wie das geltend gemachte Hindernis die Leistungserbringung durch die jeweils betroffene Partei behindert.

§ 8 Gewährleistung; Haftung für Mängel

- (1) Soweit ein Mangel der Kaufsache vorliegt, ist der Kunde nach seiner Wahl zur Nacherfüllung in Form einer Mangelbeseitigung oder zur Lieferung einer neuen mangelfreien Sache berechtigt. Im Fall der Nacherfüllung sind wir – bezogen auf den Erfüllungsort der nach Erfüllung – verpflichtet, alle zum Zwecke der Mangelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeit- und Materialkosten zu tragen; Aus- und Einbaukosten jedoch nur dann, wenn die Voraussetzungen einer verschuldensabhängigen Schadensersatzhaftung gegeben sind.
- (2) Schlägt die Nacherfüllung fehl, ist der Kunde nach seiner Wahl berechtigt, Rücktritt oder Minderung zu verlangen.
- (3) Mängelansprüche verjähren nach zwei Jahren, bei gebrauchten Waren nach einem Jahr. Für den Beginn der Verjährungsfrist gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Dies gilt nicht, soweit es sich um Bauwerke oder den Verkauf einer Sache handelt, die üblicherweise für ein Bauwerk verwendet wird und den Mangel verursacht hat. Die Verjährungsfristen im Falle eines Lieferregresses nach den §§ 478, 445a, 445b BGB sowie die zwingenden Vorschriften des Verbrauchsgüterkaufs bleiben unberührt. – Dies gilt nicht, soweit es sich um Schadensersatzansprüche wegen Mängeln handelt.; hierfür gilt § 10.
- (4) Garantien im Rechtssinne erhält der Kunde durch uns nicht; unberührt hiervon bleiben etwaige Garantien, Gewährleistungs- und oder Beschaffenheitsvereinbarungen unseres Lieferanten bzw. des Herstellers. Hierdurch werden indes nicht wir, sondern ausschließlich der jeweilige Lieferant bzw. Hersteller verpflichtet.

§ 9 Montage

- (1) Eine Montage durch uns erfolgt nur, wenn eine entsprechende Vereinbarung zwischen uns und dem Kunden getroffen wurde. In diesem Fall stellt die Montage lediglich eine Nebenleistung dar.
- (2) Sofern eine Montage durch uns vereinbart ist, hat der Kunde für eine ungehinderte Einbringung aller Waren und für einen ungehinderten Zugang zum Objekt (bei der Lieferung von Photovoltaik- und Solaranlagen insbesondere Zugang zu den Dachflächen und den Gebäudeteilen, auf denen die Anlage und ihre Nebeneinrichtungen zu installieren sind), an dem die Montageleistung zu erbringen ist, zu sorgen. Dies schließt insbesondere die kostenfreie Bereitstellung der hierfür erforderlichen Energie (insbesondere Strom) in der jeweils benötigten Menge mit ein.
- (3) Soweit der Kunde von uns eine mangelhafte Montageanleitung erhält, sind wir – nur wenn dieser Mangel der ordnungsgemäßen Montage entgegensteht – zur Lieferung einer mangelfreien Montageanleitung verpflichtet. Weitere Gewährleistungspflichten wegen etwaiger mangelhafter Montageanleitungen gegenüber dem Kunden sind ausgeschlossen, soweit dem nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

§ 10 Haftung für Schäden

- (1) Eine Haftung auf Schadensersatz ist ausgeschlossen, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.
- (2) Für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, für Schäden aus der Verletzung von Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages erst ermöglichen und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf (wesentliche Vertragspflichten) sowie für sonstige Schäden, die auf einer von uns begangenen vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung oder auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen beruhen, haften wir nach den gesetzlichen Bestimmungen. Im Falle der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist unsere Haftung jedoch auf den typischerweise bei Vertragsabschluss vorhersehbaren Schaden begrenzt.
- (3) Ansprüche des Kunden verjähren in zwei Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Schluss des Jahres zu laufen, in dem der Anspruch entstanden ist und der Kunde von den anspruchsbegründenden Tatsachen sowie unserer Schuldneigenschaft Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste bzw. bei Schadensersatzansprüchen wegen Mängeln ab Übergabe der Ware. Ansprüche des Kunden uns gegenüber verjähren jedoch unabhängig von der Kenntnis/grob fahrlässigen Unkenntnis des Kunden spätestens in fünf Jahren von ihrer Entstehung an. – Die vorstehenden Verjährungsverkürzungen finden keine Anwendung auf Ansprüche des Kunden aufgrund von Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie aufgrund von sonstigen Schäden, die auf einer von uns vorsätzlich oder grob fahrlässig begangenen Pflichtverletzung oder auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder der Erfüllungsgehilfen beruhen. Hinsichtlich dieser Ansprüche verbleibt es bei den gesetzlichen Verjährungsregelungen.
- (4) Soweit nach den vorstehenden Bestimmungen unsere Haftung ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Schadensersatzhaftung unserer Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und/oder Erfüllungsgehilfen.

- (5) Für diejenigen Aufgaben, die in den alleinigen Verantwortungsbereich des Kunden fallen (§ 3 Abs. 2 und 4) übernehmen wir keine Haftung.
- (6) Die Haftung nach Maßgabe des Produkthaftungsgesetzes (ProdHaftG) bleibt unberührt.

§ 11 Eigentumsvorbehalt

- (1) Wir behalten uns das Eigentum an der von uns gelieferten Ware bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vor.
- (2) Der Kunde ist verpflichtet, die auf diese Art und Weise überlassene Ware ihrer Bestimmung nach pfleglich zu behandeln. Etwaige fällige Wartungs- und Inspektionsarbeiten hat der Kunde rechtzeitig auf eigene Rechnung durchzuführen, soweit sich diese im Rahmen des Üblichen bewegen.
- (3) Über Zwangsvollstreckungsmaßnahmen Dritter in die Vorbehaltsware hat der Kunde uns unverzüglich schriftlich unter Übergabe der für eine Intervention (Drittwiderrspruchsklage nach § 771 ZPO) notwendigen Unterlagen zu unterrichten; dies gilt auch für Beeinträchtigungen sonstiger Art. Unabhängig davon hat der Kunde bereits im Vorhinein die Dritten auf die an der Ware bestehenden Rechte hinzuweisen. Der Kunde hat die bei uns anfallenden Kosten einer Intervention zu tragen, soweit der Dritte nicht in der Lage ist, diese zu erstatten.
- (4) Die Verarbeitung oder Umbildung der Ware durch den Kunden wird stets für uns vorgenommen. Wird die Ware mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Ware (Endrechnungsbetrag einschließlich Umsatzsteuer) zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Für die durch Verarbeitung entstehende Sache gilt im Übrigen das gleiche wie für die unter Vorbehalt gelieferten Waren.
- (5) Wird die Ware mit anderen, uns nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwerben wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Ware (Endrechnungsbetrag einschließlich Umsatzsteuer) zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Kunden als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Kunde uns anteilig Miteigentum überträgt. Der Kunde verwahrt das so entstandene Alleineigentum oder Miteigentum für uns.
- (6) Der Kunde tritt uns auch die Forderungen zur Sicherung unserer Forderungen gegen ihn ab, die durch die Verbindung der Ware mit einem Grundstück gegen einen Dritten erwachsen.
- (7) Wir verpflichten uns, die uns zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Kunden insoweit freizugeben, als der realisierbare Wert unserer Sicherheiten die zu sichernden Forderungen um mehr als 10 % übersteigt. Die Auswahl der freizugeben Sicherheiten obliegt uns.

§ 12 Verjährung eigener Ansprüche

Unsere eigenen Ansprüche auf Zahlung verjähren abweichend von § 195 BGB in fünf Jahren. Bezüglich des Beginns der Verjährungsfrist gilt § 199 BGB.

§ 13 Vergabe an Dritte

Wir sind auch ohne vorherige Zustimmung des Kunden berechtigt, den Auftrag oder Teile davon an Dritte weiterzugeben. In diesem Fall haften wir für den Dritten wie für einen eigenen Erfüllungsgehilfen.

§ 14 Form von Erklärungen

Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen, die der Kunde gegenüber uns oder einem Dritten abzugeben hat, bedürfen der Textform (§ 126b BGB).

§ 15 Schlussbestimmungen

- (1) Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG) und unter Ausschluss des deutschen internationalen Privatrechts. Der Kunde kann sich jedoch unabhängig von dieser Rechtswahl auf die zwingenden Vorschriften des Rechts desjenigen Staates berufen, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- (2) Falls der Kunde nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland verlegt, ist unser Geschäftssitz Gerichtsstand. Dies gilt auch, falls Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt des Kunden im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt sind.
- (3) Von der Europäischen Kommission wird eine Plattform zur Online-Streitbeilegung bereitgestellt, abrufbar unter: www.ec.europa.eu/consumer/odr/. – Wir sind weder bereit noch verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.
- (4) Sollte eine der vorstehenden Bestimmungen unwirksam sein oder werden, so wird hiervon die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Im Falle der Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen gelten ergänzend die gesetzlichen Bestimmungen.